



Naturschutzgebiet (auf der Nordseeinsel Sylt), Merkel

ACTION PRESS (O.); BILDERBERG (U.)

UMWELTPOLITIK

Merkel torpediert EU-Richtlinie

Die CDU-Vorsitzende und frühere Umweltministerin Angela Merkel hat die unionsregierten Länder aufgefordert, eine Brüsseler Naturschutzrichtlinie zu missachten. Das geht aus einem Brief des Parlamentarischen Geschäftsführers der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Peter Ramsauer, hervor. In dem Schreiben von Anfang Juni informiert Ramsauer die bayerischen Abgeordneten über die Schwierigkeiten bei der Umsetzung der so genannten Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie (FFH). Ausdrücklich verweist der CSU-Abgeordnete „auf den Vorschlag unserer Frak-

tionsvorsitzenden Dr. Angela Merkel“, wonach sich die Unionsländer „weigern sollten, der Meldepflicht nachzukommen“ – auch wenn dadurch Zwangsgelder der EU auf Deutschland zukämen. Die 1992 verabschiedete Regelung verpflichtet die Mitgliedstaaten, Schutzgebiete auszuweisen, um so ein zusammenhängendes Biotopen-Netz zu schaffen.

Über die Ausweisung war es zwischen Bund und Ländern vielfach zu Streit gekommen. SPD-Fraktionsvize Michael Müller wirft Merkel nun „offenen Aufbruch zum Rechtsbruch“ vor.

PARTEIENFINANZEN

Die Großen verlieren

SPD-Schatzmeisterin Inge Wettig-Danielmeier muss sich für das kommende Jahr auf geringere Einnahmen einstellen. Nach den Wahlschlägen in Hamburg, Thüringen und bei der Europawahl werden über die staatliche Parteienfinanzierung fast 1,5 Millionen Euro weniger in die Kasse der SPD fließen. Doch auch die Unionsparteien müssen auf Grund der niedrigeren Wahlbeteiligung mit weniger Geld rechnen – die CDU verliert rund 500 000 Euro, bei den Christsozialen sind es gut

200 000 Euro. Die kleinen Parteien hingegen gewinnen: Mit 800 000 Euro Mehreinnahmen können die Grünen rechnen, die im Zuge der Müllemann-Affäre finanziell arg gebeutelte FDP immerhin mit rund einer halben Million. Erstmals Anspruch auf Bundesmittel haben die Splittergruppierungen „Die Frauen“ (0,6 Prozent der Stimmen bei der Europawahl) und die Populisten-Partei „Deutschland“ (0,5 Prozent). Die Außenseiter erhalten voraussichtlich jeweils rund 100 000 Euro. Allerdings können die im September anstehenden Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und im Saarland die genaue Verteilung noch einmal verändern. Auch Spenden und Mitgliedsbeiträge können sich noch auf die staatlichen Zuschüsse auswirken.

SPORT

Mit Stasi-Trainern zu Olympia

Wegen seiner Weigerung, vor den Olympischen Spielen im August in Athen die Mitglieder der deutschen Mannschaft auf Stasi-Kontakte zu überprüfen, gerät das Nationale Olympische Komitee unter Druck. Mindestens zwei Trainer sind als Olympiabetreuer vorgesehen, die während der DDR-Zeit dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) als Inoffizielle Mitarbeiter (IM) gedient hatten: So will der Leichtathletik-Verband den Bundestrainer der Geher, Ronald Weigel, entsenden, der wegen seiner IM-Tätigkeit vor Jahren seine Anstellung bei der Bundeswehr verloren hatte. Für den Schützenbund soll der Suhler Trainer Axel Krämer (IM „Werner Hoppe“) nach Athen, obwohl er einst laut Stasi-Akten Schützenkameraden beim MfS angeschwärzt hatte.

Unterdessen hat der Landessportbund Thüringen nach den Stasi-Enthüllungen vor der Biathlon-Weltmeisterschaft im Februar in Oberhof (SPIEGEL 52/2003) ausgerechnet den ehemaligen Sport- und Sozialminister des Landes, Frank-Michael Pietzsch, zum Vorsitzenden einer neuen Stasi-Kommission berufen. MfS-Opfer kritisieren, dass Pietzsch das Stasi-Problem jahrelang vernachlässigt

habe, so dass bisher keine Aufarbeitung möglich gewesen sei. Der CDU-Politiker war 1997 auch in die Kritik geraten, weil er als Aufsichtsratsmitglied beim damaligen Fußball-Zweitligisten FC Carl Zeiss Jena ehemalige Stasi-Zuträger in führenden Positionen des Vereins geduldet hatte.



Weigel

THOMAS EISENHUTH / DPA